

Sprecherrat der Bürgerinitiativen WAZV Arnstadt

Dienstag, 4. November 2008

Presseinformation

Pro Arnstadt verkennt Abwasserprobleme

Wenn sich schon ProArnstadt nach langem Zögern der Abwasserproblematik annimmt, müssen die Bürger mehr Objektivität und Lösungsorientierung erwarten können. Insbesondere die von ProArnstadt praktizierte Polarisierung zwischen Vermietern und Mietern ist wenig hilfreich. Es geht um bezahlbare und vertretbare Abwasserbeiträge und –gebühren für alle.

Unstrittig bestand 1990 in den neuen Bundesländern ein hoher Investitionsstau in der Wasserver- und Abwasserentsorgung. Dies war und ist keine Besonderheit in Arnstadt. Es stellt sich aber die Frage, weshalb in der Region Arnstadt die Abwasserbeiträge und –gebühren erheblich über dem Niveau anderer benachbarter Zweckverbände liegen. Offenbar haben andere Zweckverbände ein ausgewogeneres System der Finanzierung der Investitionen gefunden als in Arnstadt. Es ist keine überzogene Forderung der Bürgerinitiativen, wenn diese für die Arnstadt Dinge einfordern, die bei anderen Zweckverbänden in der Region schon Realität sind.

Die Behauptung von ProArnstadt, dass bisher noch niemand durch Abwasserbeiträge und –gebühren in eine finanzielle Schieflage gekommen sei, zeugt von wenig Realitätssinn. Selbst kommunale Unternehmen, wie die städtische Wohnungsgesellschaft, sind nicht in der Lage, die Millionenforderung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes so einfach zu bezahlen. Ohne langfristige Stundungsvereinbarungen wäre nicht nur die Wohnungsgesellschaft finanziell am Ende gewesen. Diese Stundungsregelungen entschärfen jedoch nur das Problem, können aber keinesfalls als Lösung angesehen werden. Nur durch den Druck der Bürgerinitiativen hat sich der Zweckverband veranlasst gesehen, die zinsfreien Stundungen zu gewähren. Dass das Land nunmehr auch wieder die Zinsbeihilfen an den WAZV zahlt, ist dem energischen Handeln der LINKEN und SPD im Landtag zu verdanken. Ursprünglich wollte die CDU-Landesregierung ab diesem Jahr keine Zinsbeihilfen mehr zahlen.

Die Auffassung von Pro Arnstadt, dass durch die Investitionen in die Abwasseranlagen der Wert der Grundstücke steigt und damit die Beitragserhebung gerechtfertigt wird, ist schon lang nicht mehr zeitgemäß. Über 40 Aufgabenträger in Thüringen erheben bereits keine Abwasserbeiträge mehr, ohne dass diese überhöhte Gebühren aufweisen. Die meisten Zweckverbände in Thüringen haben niedrigere Abwasserbeiträge und –gebühren als der WAZV.

ProArnstadt sollte aufhören, Vermieter und Mieter ständig gegeneinander auszuspielen, sondern vielmehr endlich zur Kenntnis nehmen, dass die Abwasserbeiträge der Wohnungsgesellschaft und der Wohnungsgenossenschaft in Arnstadt, Stadtilm, Ichtershausen und Gräfenroda ausschließlich die fast 20.000 Mieter über ihre Mietzahlungen finanzieren. Es spricht zudem von wenig Sachkenntnis, wenn ProArnstadt behauptet, dass geringere Abwasserbeiträge zu höheren Wassergebühren führen würde. Wasser und Abwasser sind im WAZV zwei getrennte Betriebszweige. Im Wasserbereich wurden die Beiträge durch den Gesetzgeber zum 1. Januar 2005 abgeschafft. Der WAZV musste 3,6 Millionen EUR Wasserbeiträge an die Bürger zurückzahlen. Die Werkleitung hat dabei eine drastische Gebührenerhöhung prophezeit. Tatsächlich senkt jetzt der Zweckverband die Wassergebühren. Sie könnte noch weiter sinken, wenn die Bürgermeister auf eine Gewinnausschüttung von 300.000 EUR verzichtet hätten. Hier hätte ProArnstadt etwas Konkretes für die Gebührenzahler tun können.

ProArnstadt könnte sich auch so wie DIE LINKE und SPD dafür stark machen, dass der WAZV seine Klage gegen die Abschaffung der Wasserbeiträge zurückzieht. Ist die Klage

erfolgreich, müssten die Bürger sofort wieder 3,6 Millionen EUR an den Zweckverband zahlen. Doch auch hier übt sich ProArnstadt in Zurückhaltung. Vielmehr schürt ProArnstadt Ängste, wenn behauptet wird, dass geringere Abwasserbeiträge wegen dann drastisch steigender Abwassergebühren Investoren im Gewerbe- und Industriegebiet abschrecken. Durch die großzügige Förderung haben die Grundstückspreise bei Unternehmensansiedlungen nur eine untergeordnete Bedeutung. Die Bürgerinitiativen sind überzeugt, dass durch die kritische Überprüfung der geplanten aber noch nicht getätigten Investitionen bei einer Senkung der Beiträge die Gebühren nicht zwangsläufig steigen müssen. Die Bürgerinitiativen bleiben bei ihrer Forderung, dass der WAZV bürgerorientierter als bisher arbeiten muss. Die Bildung eines Verbraucherbeirates ist hierfür nur ein erster Schritt. Der WAZV hat es selbst in der Hand, ein Bürgerbegehren zur Auflösung entbehrlich zu machen. Verweigern sich die Bürgermeister den vorgeschlagenen Veränderungen, werden die Bürger in einem Bürgerentscheid über die Zukunft des Verbandes befinden müssen. Wie wenig Vertrauen der Bürgermeister der Kreisstadt in seine eigenen Bürger hat, belegen seine Klagen gegen das Bürgerbegehren. Wer gute Argumente hat, braucht eine Bürgerentscheidung nicht zu befürchten. Wenn es ProArnstadt mit seinen Erklärungen ernst meint, müssten umgehend der Bürgermeister angehalten werden, seine Klagen zurückzuziehen. Dann wäre der Weg für das Bürgerbegehren frei und auch ProArnstadt hätte wie das Bündnis für Gebührengerechtigkeit, bestehend aus den Bürgerinitiativen, der LINKEN und SPD, die Möglichkeit, ihre Vorstellungen zur Verbandsarbeit den Bürgern zur Entscheidung vorzulegen. ProArnstadt ist herzlich eingeladen, als kritischer Partner die Anliegen des Bündnisses für Gebührengerechtigkeit zu unterstützen. Bisherige Einladungen hat ProArnstadt jedoch ausgeschlagen. Willkommen ist ProArnstadt aber trotzdem jederzeit.

Sprecherrat